



22.065

**Bundesgesetz
über das Gesichtsverhüllungsverbot****Loi fédérale sur l'interdiction
de se dissimuler le visage***Zweitrat – Deuxième Conseil*

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 07.03.23 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 05.06.23 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.09.23 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.09.23 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 29.09.23 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Antrag der Mehrheit
Eintreten

Antrag der Minderheit
(Gysin Greta, Fluri, Imboden, Kälin)
Nichteintreten

Proposition de la majorité
Entrer en matière

Proposition de la minorité
(Gysin Greta, Fluri, Imboden, Kälin)
Ne pas entrer en matière

Buffat Michaël (V, VD), pour la commission: La présente loi fédérale sur l'interdiction de se dissimuler le visage a été soumise à la Commission des institutions politiques du Conseil national le 22 juin 2023, après avoir été traitée le 5 juin par le Conseil des Etats. Elle faisait suite à l'initiative populaire "Oui à l'interdiction de se dissimuler le visage", acceptée par le peuple et les cantons le 7 mars 2021.

Dans le cadre de la mise en oeuvre de cette initiative, la question s'est posée de savoir s'il appartenait aux cantons ou à la Confédération de légiférer. Il a été décidé de le faire au niveau fédéral afin d'avoir un cadre uniforme et harmonisé sur l'ensemble du territoire suisse. Le Conseil fédéral nous soumet donc un projet de loi ad hoc en se fondant sur la compétence de la Confédération de légiférer en matière de droit pénal inscrit à l'article 123 alinéa 1 de notre Constitution.

Une majorité de votre commission vous invite à entrer en matière. Il existe toutefois une minorité Gysin Greta qui vous invite à ne pas entrer en matière. Elle ne s'inquiète pas du fond, mais de la forme. Selon la minorité, il n'appartient pas à la Confédération de légiférer, mais aux cantons de faire, chacun, le nécessaire. Ce point faisait également partie du premier débat au Conseil des Etats. La Commission des institutions politiques du Conseil des Etats avait proposé en mars 2023 à son conseil de refuser l'entrée en matière, ce qu'il n'avait pas fait, puisque, toujours au mois de mars, il avait accepté l'entrée en matière et donc de traiter le sujet lors de sa session de juin 2023.

Pour la majorité de la commission, bien que très respectueuse du fédéralisme et de la répartition des compétences entre la Confédération et les cantons, il est évident que sur ce dossier bien précis, avec 26 législations différentes, personne n'aurait compris, et surtout pas les hôtes étrangers, ce qu'il en était de la situation. C'est pourquoi la commission vous invite à entrer en matière par 18 voix contre 6 et 1 abstention.

Binder-Keller Marianne (M-E, AG), für die Kommission: Volk und Stände nahmen am 7. März 2021 eine Initiative an, welche die Gesichtsverhüllung in der Öffentlichkeit verbieten will, auch bei Demonstrationen.





Integriert in dieser Initiative waren auch Ausnahmen, beispielsweise wenn es sich um Brauchtum handelt. Die ganzen gesellschaftspolitischen Diskussionen – es geht ja im Speziellen um die Verschleierung – erspare ich Ihnen. Nachdem der Bundesrat dieses Verbot vorerst im Strafgesetzbuch verankern wollte, schlug er aufgrund der Vernehmlassung, in welcher eine solche Lösung auf breite Kritik stiess, eine Lösung auf Bundesebene vor, will heissen: ein eigenständiges Gesetz.

Das Bundesgesetz über das Gesichtsverhüllungsverbot zielt auf die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit ab, nicht primär auf die Bestrafung. Vorgesehen ist aber eine Busse bis maximal 1000 Franken. Sie soll in einem Ordnungsbussenverfahren geregelt werden, was den Aufwand für die Kantone reduziert und auch für die Betroffenen das Verfahren vereinfacht.

Als Erstrat beugte sich der Ständerat darüber, der dem uns vorliegenden Gesetz am Schluss ohne Änderungen zugestimmt hat. Als Zweitrat beugen wir uns nun darüber. Ich präsentiere Ihnen den Antrag Ihrer Staatspolitischen Kommission.

Die Frage des Eintretens war klar: Eintreten wurde mit 18 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen.

Eine Minderheit Gysin Greta beantragt Nichteintreten – nicht, weil sie die Bestimmung nicht umsetzen will, sondern deshalb, weil sie das Verhüllungsverbot als eine Frage der öffentlichen Ordnung betrachtet, für die die Kantone zuständig sind. Der Föderalismus und die Subsidiarität würden gemäss der Minderheit mit der Vorlage ausgehebelt.

Die Mehrheit Ihrer Kommission hält Artikel 123 der Bundesverfassung hier aber für anwendbar und erachtet die Umsetzung auf Bundesebene als mit der Bundesverfassung konform. Sie führt auch ins Feld, dass sich die Kantone ebenfalls eine Umsetzung auf Bundesebene wünschen. Die Mehrheit der Kommission beantragt Ihnen also Eintreten.

Des Weiteren geht es bei Artikel 3 um die Höhe der Busse. Im Raum standen ursprünglich 10 000 Franken. Die Mehrheit der Kommission möchte beim Entwurf des Bundesrates bleiben und die Busse bei 1000 Franken belassen. Eine Minderheit will 200 Franken. Die Mehrheit erachtet 1000 Franken aber als angemessen, im Speziellen im Zusammenhang mit der Eskalation an Demonstrationen.

Bei bewilligten Demonstrationen soll es gemäss der Mehrheit der Kommission Ausnahmen geben. Die Behörden können gemäss Artikel 2 Absatz 3 Buchstabe a eine Bewilligung erteilen, das Gesicht zu verhüllen, wenn es um die Ausübung der Grundrechte und der Meinungsfreiheit geht. Die Bewilligung muss den Behörden aber vorliegen. Die Minderheit II (Wobmann) wiederum möchte Absatz 3 streichen.

Die Möglichkeit für einen Antrag ohne vorherige Vorstellung bei den Behörden, sich bei einer bewilligten Demonstration auch verhüllen zu können, wenn weitere achtenswerte Gründe vorliegen, möchte die Mehrheit der Kommission nicht. Die Minderheit I (Gysin Greta) moniert hier aber, es können auch andere achtenswerte Gründe für eine Unkenntlichmachung vorliegen. Für die Mehrheit ist die Gewährleistung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit mit Artikel 2 Absatz 3 Buchstabe a des Gesetzes abgedeckt. Die Minderheit II (Wobmann) will den gesamten Absatz 3 streichen.

Am Schluss stimmte die Kommission dem unveränderten Entwurf in der Gesamtabstimmung mit 21 zu 1 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu.

AB 2023 N 1768 / BO 2023 N 1768

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Ich begrüsse heute ganz herzlich unseren Kollegen Philipp Kutter unter uns.

Lieber Philipp, deine Rückkehr in den Nationalrat nach sieben Monaten freut uns ausserordentlich. Für mich und wohl für viele andere gehört deine Rückkehr zu den Höhepunkten dieser Herbstsession. Von Herzen wünschen wir dir weiterhin gute Fortschritte und vor allem Kraft und Zuversicht. Du machst vielen Menschen mit Behinderungen Mut und bist für sie ein Vorbild. Nochmals herzlich willkommen zurück im Nationalrat, lieber Philipp! (*Stehende Ovation*)

Wir fahren weiter mit dem Bundesgesetz über das Gesichtsverhüllungsverbot. Das Wort für die Minderheit hat Greta Gysin.

Gysin Greta (G, TI): Lieber Philipp, so schön, dass du wieder da bist! Ich freue mich so und bin wie der Präsident gerührt.

Leider muss ich aber zurück zum Tagesgeschäft, dem Gesichtsverhüllungsverbot. Ich möchte sofort klären, worum es hier heute nicht geht: Es geht nicht um eine inhaltliche Diskussion; das Volk hat entschieden, und heute gilt es, den Volkswillen umzusetzen. Das Gesichtsverhüllungsverbot soll schweizweit eingeführt werden. Heute geht es um die Verfassung, die wir letzte Woche gefeiert haben, insbesondere um den Föderalismus,



Artikel 3, und die Subsidiarität, Artikel 5.

In der Schweiz sind die Kantone souverän, soweit es die Verfassung nicht anders vorsieht. Bei der Lösung von Problemen sind die leistungsfähigeren kleineren Einheiten zuerst gefordert. Die Frage, die wir uns heute stellen müssten, ist: Welche Staatsebene ist für die Umsetzung der Initiative zum Gesichtsverhüllungsverbot zuständig? Denn alleine mit der Tatsache, dass es sich um eine Bestimmung der Bundesverfassung handelt, die landesweit eingeführt werden soll, lässt sich noch keine Bundeskompetenz begründen. Diese Meinung hat im Abstimmungskampf auch der Bundesrat geteilt. So stand im Abstimmungsbüchlein, dass der Bund keine neuen Verfassungskompetenzen erhalte und ohne Verfassungsgrundlage kein Bundesgesetz zu einem allgemeinen Verbot im gesamten öffentlichen Raum erlassen könne. Bundesrätin Keller-Sutter hat vor der Abstimmung auch immer wieder betont, dass es dann Aufgabe der Kantone sei, die Initiative in kantonalen Polizeigesetzen umzusetzen. Denn beim Verbot der Gesichtsverhüllung handelt es sich um eine Bestimmung über das Auftreten im öffentlichen Raum und die Sicherheit, was klar Kompetenz der Kantone ist.

Der Bundesrat begründet den Gesetzentwurf, der uns heute vorliegt, auf Artikel 123 der Bundesverfassung. Das ist die Gesetzgebungskompetenz im Strafrecht. Das ist, um es gelinde zu formulieren, unschön. Denn somit wird ein Verhalten für strafbar erklärt, das an sich kein Rechtsgut konkret bedroht oder verletzt.

Der Bundesrat erkennt selber in der Botschaft, es sei nicht ganz einfach, die Kompetenz des Bundes zu begründen. Wenn er es trotzdem macht, dann nur auf Druck der Kantone. Die KKJPD forderte nach der Abstimmung nämlich eine einheitliche Regelung auf Bundesebene. Sie wollte einen Flickenteppich vermeiden. So gut ich den Wunsch der Kantone nachvollziehen kann: Es ist staatspolitisch problematisch, wenn wir unsere Verfassung, unseren Föderalismus und das Subsidiaritätsprinzip auf diese Weise missachten.

Wir haben vor einer Woche das 175-jährige Jubiläum unserer Verfassung gefeiert. Die Meinungen über die Feier gehen stark auseinander, aber darüber, wie wertvoll unser Föderalismus ist, sind wir uns dann wieder einig. Es ist nicht im Interesse unseres Systems, und es ist vor allem auch nicht im Interesse der Kantone, die ihre Autonomie bewahren sollten, wenn wir heute auf dieses Gesetz eintreten. Wir höhnen damit den Föderalismus, den wir letzte Woche gefeiert haben, aus. Um es mit den Worten des geschätzten Kollegen Fluri auszudrücken: Die von den Kantonen manifestierte Bequemlichkeit führt zur Erosion des verfassungsmässigen Föderalismus und der bundesstaatlichen Idee. Sie ebnet den Weg zum Zentralismus, und das wollen wir bestimmt nicht.

Aus all diesen Gründen beantrage ich im Namen der Kommissionsminderheit, nicht auf die Vorlage einzutreten.

Ruch Daniel (RL, VD): Le groupe libéral-radical salue en principe la modification du code pénal, car le texte de loi s'en tient étroitement à l'article 10a de la Constitution sur l'interdiction de se dissimuler le visage: "Nul ne peut se dissimuler le visage dans l'espace public, ni dans les lieux accessibles au public ou dans lesquels sont fournies des prestations ordinairement accessibles par tout un chacun; l'interdiction n'est pas applicable dans les lieux de culte. Nul ne peut contraindre une personne de se dissimuler le visage en raison de son sexe. La loi prévoit des exceptions. Celles-ci ne peuvent être justifiées que par des raisons de santé ou de sécurité, par des raisons climatiques ou par des coutumes locales."

Néanmoins, le groupe libéral-radical émet des critiques quand les cantons n'exercent pas leur compétence en matière de police et d'interdiction de se dissimuler le visage ou de porter des masques. La grande majorité des dispositions d'exception énumérées à l'article 2 alinéa 2, à l'exception des lettres e, f et g, ne sont pas considérées comme problématiques. Les exceptions prévues aux lettres e et f sont problématiques du point de vue du droit constitutionnel: toutes deux vont clairement au-delà de l'énoncé explicite de la Constitution, dépassant le texte constitutionnel expressément exhaustif. En outre, selon la nouvelle disposition d'exception prévue à la lettre g, il pourrait en résulter des états d'exception allant au-delà de l'aspect de l'exercice de la liberté des droits fondamentaux.

Le groupe libéral-radical est en faveur de l'entrée en matière et vous propose d'adopter le projet.

Jost Marc (M-E, BE): Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP unterstützt diese ausgewogene Vorlage, welche die umgangssprachlich "Burka-Initiative" genannte Volksinitiative umsetzt. Damit unterstützt unsere Fraktion eine landesweit einheitliche Umsetzung des Verbots der Verhüllung des eigenen Gesichts. Für unsere Fraktion stellt die Vorlage eine angemessene Umsetzung dar, auch deshalb, weil sie Gesichtsverhüllungen zur Wahrung persönlicher Schutzbedürfnisse weiterhin erlaubt.

Wir sind überzeugt: Die Bevölkerung erwartet eine nationale und effiziente Umsetzung, unabhängig davon, wie man bei der Abstimmung zur Initiative stand. Eine Grundlage in der Verfassung, dies jetzt schweizweit zu regeln, besteht ebenfalls. Die Gesetzgebungskompetenz finden wir in Artikel 123 der Bundesverfassung. Das hat den Vorteil, dass zum Beispiel alle Ausnahmen schweizweit einheitlich gelten. So ist es zum Beispiel



weiterhin erlaubt, in Sakralstätten sein Gesicht zu verhüllen, was gerade aus Sicht der Religionsfreiheit von Bedeutung sein kann. Die Gesichtsverhüllung wird ebenfalls für den Schutz der eigenen Gesundheit erlaubt bleiben, wie das im Falle einer Pandemie von Bedeutung sein kann. Sie wird weiterhin für die Gewährleistung der persönlichen Sicherheit erlaubt sein, wie das in exponierten Berufen von Bedeutung sein kann. Schliesslich wird sie auch für Brauchtum, künstlerische Darbietungen oder für Werbezwecke erlaubt bleiben.

Wie gesagt, die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP findet dies angemessen und wichtig, dass das Verbot landesweit gilt. Besonders hinweisen möchten wir auch auf die Möglichkeit betreffend Ausübung der Grundrechte der Meinungsfreiheit und der Versammlungsfreiheit. Hier kann die zuständige Behörde, sofern die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht beeinträchtigt werden, bewilligen, dass das Gesicht verhüllt wird.

Damit komme ich auf die zwei Minderheitsanträge zu Artikel 2 Absatz 3 zu sprechen. Wir lehnen beide Minderheitsanträge ab. Die Minderheit I (Gysin Greta) will die Ausnahmen erweitern, wenn andere achtenswerte Gründe vorliegen. Der Begriff "achtenswerte Gründe" ist uns zu offen und zu unpräzise. Zudem sind die Ausnahmen bereits sehr breit definiert. Wir lehnen jedoch auch den Antrag der Minderheit II (Wobmann) ab, die Ausnahmen streichen möchte, die die Wahrung und Ausübung der Grundrechte sicherstellen sollen. Das sehen wir als besonders problematisch an. Ich gebe Ihnen ein Beispiel dazu: Eine Person, die Opfer von Übergriffen und Gewalt geworden ist und die an einer Kundgebung über ihre schwierigen Erfahrungen berichten möchte, allerdings zu Recht befürchten muss, dass das Offenlegen ihrer

AB 2023 N 1769 / BO 2023 N 1769

Identität ein Sicherheitsrisiko darstellen kann, muss die Möglichkeit haben, ihren Zeugnisbericht anonym abzugeben. Das mögen besondere Ausnahmesituationen sein, aber genau so ist es in Absatz 3 auch geregelt; eine Behörde muss eine solche Situation nämlich explizit bewilligen.

Ich fasse zusammen: Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP ist für Eintreten und stimmt der Vorlage gemäss Mehrheit der Kommission zu. Die Minderheitsanträge von links oder rechts, aber auch von liberaler Seite lehnen wir ab. Die Umsetzung in dieser Form ist ausgewogen.

Mein Kollege Romano wird nun noch etwas zum Kanton Tessin hinzufügen.

Romano Marco (M-E, TI): Non entrare in materia su questo progetto di legge significa non rispettare la volontà popolare. L'applicazione è possibile, lo dimostra da oltre un decennio la legge cantonale ticinese. In questa materia è però inimmaginabile disporre di 26 legislazioni diverse, di regole diverse che andrebbero poi coordinate tra di loro nei cantoni.

Vi invito ad entrare in materia, sostenere la proposta del Consiglio federale e soprattutto riprendere i materiali del dibattito precedente il voto popolare: più di una volta si è sottolineato come l'applicazione debba essere nazionale, uniforme, omogenea e rispettosa delle istituzioni.

Gysin Greta (G, TI): Collega Romano, lei ha detto che quest'iniziativa va applicata. È quanto ho detto anch'io nel mio intervento in nome della minoranza.

Ma mi sa dire perché, nonostante il Consiglio federale stesso nella campagna di votazione abbia più volte sottolineato che la competenza dell'applicazione è dei cantoni, adesso ha cambiato idea? Mi sa dire perché adesso non sarebbe più possibile? Nonostante non ci sia un articolo costituzionale che conferisce alla Confederazione la competenza di applicare questa iniziativa, perché adesso dovremmo farlo a livello federale?

Romano Marco (M-E, TI): Un articolo costituzionale c'è, è l'articolo 123 capoverso 1.

Un'iniziativa popolare non è un atto del Consiglio federale, è un atto del popolo svizzero: vi è stato un comitato d'iniziativa che ha proposto un testo, vi è stata una maggioranza della popolazione che l'ha approvato. Nel dibattito che ha preceduto il voto, si è più volte sottolineato una volontà di applicazione a livello nazionale e questo è lo scopo di questa legge federale. Era stato il medesimo meccanismo con la votazione sui minareti: anche qui si sarebbe potuto introdurre il divieto in tutte le leggi cantonali, e anche qui si è scelta l'applicazione nazionale, perché così era stato voluto dal popolo.

Wobmann Walter (V, SO): Am 7. März 2021 wurde die Initiative für ein allgemeines Verhüllungsverbot von Volk und Ständen angenommen. Ich bin Präsident des Initiativkomitees und lege hier somit meine Interessenbindung offen.

Über den Nichteintretensantrag staune ich schon sehr. Frau Gysin, Sie sagen, Sie respektieren den Volksentscheid. Sie wollen aber nicht auf eine Vorlage eintreten, die die Initiative, den Volksentscheid umsetzen will. Nichteintreten heisst nichts machen. Wenn Sie mit dem Inhalt nicht einverstanden sind, hätten Sie ja eine Rückweisung beantragen können. Das wäre dann schon ehrlicher gewesen, als jetzt zu sagen: Ja, ja, wir sind



schon für den Volksentscheid und stehen dafür ein, aber wir treten hier gar nicht auf eine Diskussion über das Gesetz ein.

Die Initiative muss ohne Wenn und Aber umgesetzt werden. Es ist ein Volksentscheid, und wenn wir das tatsächlich in den Kantonen hätten lösen wollen, dann hätten wir in den Kantonen Initiativen und parlamentarische Vorstösse gemacht, und dann hätte es in unserem kleinen Land 26 verschiedene Gesetzgebungen gegeben für dieses Thema. Das würde aber ganz sicher kein Mensch verstehen, und schon gar nicht ausländische Gäste. Es wäre ja gar nicht möglich, zu wissen, wo was gelten soll, wie hoch die Bussen in den Kantonen sind usw.

Sie sehen, es ist eine Vorlage, die auf Bundesebene wirklich so umgesetzt werden muss. Dass dieses Thema – Umsetzung durch die Kantone oder den Bund – im Abstimmungskampf diskutiert wurde, ist ganz klar, das war auch richtig. Aber jetzt haben wir einen Volksentscheid. Das Volk hat sich für die Bundeslösung entschieden, es war eine nationale Volksinitiative. Sie sehen also, Sie sind völlig auf dem Holzweg, und es geht jetzt wirklich um die Umsetzung. Der Ständerat hat entschieden, es mit einem Spezialgesetz zu machen. Ich bin damit einverstanden, ich kann damit leben.

Es gibt einen zweiten Teil bei dieser Vorlage: Die Initiative verlangte nicht nur ein Verhüllungsverbot aus religiösen Gründen, also ein Verbot von Burka und Nikab. In den Medien wurde vor allem darüber geschrieben und gesprochen, aber das kam nicht von mir. Das kam von den Journalisten, für die das wahrscheinlich etwas populärer war, als über die Verhüllung bei den Demonstrationen zu reden. Das ist aber der grosse zweite Teil dieser Vorlage, und das Volk hat klar auch dazu Ja gesagt.

Ich war im Abstimmungskampf ja an vorderster Front dabei, und ich kann Ihnen sagen: Sehr viele Leute haben sich bei mir und bei uns gemeldet und gesagt, sie würden die Initiative vor allem wegen dem Verhüllungsverbot bei Demonstrationen annehmen. Es ist ein sehr grosses Ärgernis, wenn Hooligans, Chaoten und eben auch politische Chaoten, also Demonstranten, Sachbeschädigungen machen und wenn man sie nicht erkennt, weil sie verhüllt sind, und sie ungeschoren davonkommen. So kann es sicher nicht weitergehen.

Die Kombination dieser beiden Teile hat das Ja hervorgebracht. In unserem Land zeigt man das Gesicht. Wir leben in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung, in einem freien Land. In unserem Kulturkreis zeigt man das Gesicht.

Ich bitte Sie wirklich, diesen Volkswillen zu respektieren, die Initiative entsprechend umzusetzen und natürlich auf das Geschäft einzutreten.

Gysin Greta (G, TI): Kollege Wobmann, Sie haben behauptet, ich würde den Volkswillen nicht respektieren und möchte die Initiative nicht umsetzen. Ich bin der Meinung, ich habe dies nur staatspolitisch begründet. Können Sie mir sagen, wo in meinem Votum ich ein inhaltliches Argument angeführt habe – genau so, wie Sie es jetzt getan haben –, eines, das zeigt, dass ich gegen die Umsetzung bin? Ich habe nämlich dahin gehend argumentiert, dass die Initiative umgesetzt werden muss, dies jedoch auf der richtigen Staatsebene, und das ist eben nicht auf Bundesebene.

Wobmann Walter (V, SO): Ich habe vorhin schon gefragt, warum Sie nicht eine Rückweisung beantragt haben, um die Korrekturen dann entsprechend einzubringen. Mit dem Nichteintreten können Sie gar nichts tun. Dann wird die Initiative ja gar nicht umgesetzt.

Fluri Kurt (RL, SO): Herr Wobmann, ich möchte Sie nicht enttäuschen und auch eine Frage stellen. Sie haben bemängelt, dass eine Lösung auf Stufe der Kantone 26 verschiedene Lösungen zur Folge hätte. Ist Ihnen bekannt, dass die Kantone auch ein Konkordat abschliessen können, wie sie es zum Beispiel beim Thema Hooligans gemacht haben?

Wobmann Walter (V, SO): Also Sie meinen, dann würde es eine einheitliche Lösung geben? Aber das wäre genau das Gleiche, wie wenn wir jetzt ein Bundesgesetz für die ganze Schweiz machen würden.

Gredig Corina (GL, ZH): Herr Präsident, Frau Bundesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Philipp: Die Zürcher Delegation ist wieder komplett, das freut uns heute besonders.

Vor zweieinhalb Jahren haben Volk und Stände die Volksinitiative "Ja zum Verhüllungsverbot" angenommen. Mit dieser Vorlage setzen wir nun den Volkswillen um.

Wieso geht es hier um Eintreten und nicht um eine Rückweisung? Mein Vorredner hat die Option einer Rückweisung aufs Pult gebracht. Ich muss aber sagen: Eine Rückweisung bringt selbstverständlich nichts, wenn man der Ansicht ist, dass die

**AB 2023 N 1770 / BO 2023 N 1770**

Kantone diese Vorlage umsetzen sollen. In diesem Fall muss man eben für Nichteintreten plädieren.

Unsere Fraktion ist aber der Ansicht, dass man sehr wohl eintreten kann. Denn die Umsetzung ist, wie es in der Botschaft sehr ausführlich diskutiert wurde, möglich; man kann diese Vorlage gestützt auf die Strafrechtskompetenz des Bundes umsetzen, und zwar in einem eigenen Bundesgesetz. Wir sind auch der Ansicht, dass der Volkswille hier ausgewogen umgesetzt wurde. Wir werden lediglich eine Minderheit, die Minderheit I (Gysin Greta), unterstützen, weil sie noch besser auf den Aspekt der Persönlichkeitsrechte eingeht.

Eine einheitliche Umsetzung dieser nationalen Volksinitiative auf Bundesebene macht für uns Sinn. Wir sind ein kleinräumiges Land. Wir haben damit die gleiche Regelung für die ganze Schweiz. Auch die Kantone haben eine solche Regulierung via Bundesebene gewünscht.

Deshalb plädieren wir hier, zweieinhalb Jahre nach dem Volksentscheid, für Eintreten und werden, ausser bei der erwähnten Minderheit, der Mehrheit Ihrer Kommission folgen.

Baume-Schneider Elisabeth, Bundesrätin: Lieber Philipp! Ich erlaube mir, auch Frau Kutter zu begrüßen, die ebenfalls hier ist. Es ist auch sie, die wichtig ist.

Revenons à notre projet: le projet de la loi fédérale sur l'interdiction de se dissimuler le visage met donc en oeuvre l'interdiction de se dissimuler le visage prévue par l'article 10a de notre Constitution fédérale. Cette nouvelle disposition a été adoptée, comme cela a été dit, le 7 mars 2021, par une majorité du peuple et une majorité significative des cantons. La disposition constitutionnelle, vous le savez, n'est pas applicable directement. Elle doit être concrétisée dans une loi. L'article 10a de la Constitution fédérale délimite toutefois, fort opportunément, le cadre de la future loi, en particulier les exceptions à l'interdiction de se dissimuler le visage.

Une loi fédérale présente l'avantage, par rapport à une mise en oeuvre cantonale, de créer un cadre uniforme pour l'ensemble de la Suisse. Il est exact que, dans le sillage de la votation populaire, la question s'est posée de savoir qui, de la Confédération ou des cantons, devait légiférer. En effet, il est exact que, pendant la campagne, ma collègue Mme Keller-Sutter avait mentionné que cela serait une responsabilité des cantons. Il est également exact qu'après la votation le comité de la Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police s'est adressé au département pour lui demander de légiférer au niveau fédéral, mais le Conseil fédéral n'a pas aussitôt agi sous pression. Il s'est posé la question de l'opportunité d'avoir une loi fédérale. Je peux également dire que lors de la procédure de consultation externe, la création d'une infraction pénale au niveau fédéral a été bien accueillie par la quasi-totalité des cantons et également par une nette majorité des partis politiques. Le Conseil fédéral a donc retenu l'option de soumettre au Parlement un projet de loi ad hoc, en se fondant sur la compétence de la Confédération de légiférer en matière de droit pénal.

Der Ständerat trat auf den Gesetzentwurf ein und nahm ihn am 5. Juni dieses Jahres ohne Änderung an. Ihre Kommission trat mit 18 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung auf die Vorlage ein und hiess den Gesetzentwurf am 22. Juni mit 21 zu 1 Stimmen bei 3 Enthaltungen gut.

Je peux brièvement donner quelques indications concernant le champ d'application.

Das Verbot gilt an öffentlichen oder privaten Orten, die der Allgemeinheit zu entgeltlicher oder unentgeltlicher Nutzung zugänglich sind.

Ces lieux concernent dès lors les rues, les places, les forêts, les espaces aquatiques, mais aussi les institutions accessibles au public comme les tribunaux, les écoles, les hôpitaux ou encore les transports publics. Sont également pris en compte les établissements de vente de biens ou de fourniture de services, comme les magasins, les restaurants, les cinémas ou les stades de football.

L'interdiction ne s'applique par contre pas aux personnes qui se trouvent à bord d'aéronefs civils en Suisse et à l'étranger. Sont également exclus des locaux servant aux relations diplomatiques.

L'article 2 alinéa 2 mentionne une série d'exceptions. Je n'y reviendrai pas, nous aurons l'occasion d'en discuter lors de la discussion par article.

Je vous propose, à l'instar du Conseil fédéral, d'entrer en matière.

Präsident (Nussbaumer Eric, erster Vizepräsident): Wir stimmen über den Nichteintretensantrag der Minderheit Gysin Greta ab.

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 22.065/27448)

Für Eintreten ... 135 Stimmen

Dagegen ... 32 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Präsident (Nussbaumer Eric, erster Vizepräsident): Wir führen die Detailberatung in einer einzigen Debatte.

Gysin Greta (G, TI): Beim Antrag meiner Minderheit zu Artikel 2 geht es um die Ausnahmebestimmungen, wann die zuständige Behörde eine Gesichtsverhüllung bewilligen kann. Ich beantrage Ihnen, dass wir analog zur Regelung des Kantons Bern bei den Bewilligungsgründen auch eine Generalklausel hinzufügen. Andere achtenswerte Gründe sind z.B. die Gewährung des Persönlichkeitsrechts, wenn sich eine Person bei einer Demo verhüllen möchte, um sich unkenntlich zu machen, weil sonst ihre persönliche Sicherheit gefährdet ist. Es geht bei diesen Fällen eben nicht um die Meinungsäusserungsfreiheit, die in Litera a geregelt ist, sondern um den Schutz der Persönlichkeitsrechte. Im Kanton Bern gibt es etwa fünfzig Ausnahmebewilligungen pro Jahr, gut 10 Prozent davon werden durch die Generalklausel begründet.

Bei Artikel 3 geht es um die Höhe der Busse. Eine Busse müsste dem Prinzip der Verhältnismässigkeit gerecht werden. Durch die Verhüllung des Gesichts entsteht keine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Eine Busse in Höhe von 1000 Franken ist in keiner Art und Weise verhältnismässig. Deshalb beantrage ich eine Senkung der Maximalbusse auf 200 Franken, damit wir dem Grundprinzip gerecht werden, dass die Bestrafung dem Ausmass des Unrechts angemessen sein muss.

Ich nehme noch kurz Stellung zum Einzelantrag Wettstein, den die grüne Fraktion unterstützt. Es ging nie um das Verbergen des Gesichts in den Diskussionen um diese Initiative, immer nur um die Verhüllung. Warum in der deutschen Fassung noch das Verbergen erwähnt wird, ist mir ein Rätsel. Das ist klar eine Ausweitung der Initiative und steht zudem im Widerspruch zur italienisch- und zur französischsprachigen Version.

Wobmann Walter (V, SO): Ich beantrage hier die Streichung von Artikel 2 Absatz 3, also der neu geschaffenen Ausnahme bei Kundgebungen. Ich habe es schon beim Eintretensvotum gesagt: Das Verhüllungsverbot bei Demonstrationen für Hooligans und insgesamt Chaoten war ein genau gleich grosses Thema wie das Verhüllungsverbot hinsichtlich Burkas und Nikabs. Es gehört also zusammen, und es ist nicht einzusehen, dass bei Demonstrationen die Möglichkeit bestehen soll, sich zu verhüllen.

Wir leben in einem sicheren und freien Land. Wir können unsere Meinung offen äussern. Ich kann einfach nicht verstehen, dass man verhüllt an eine Demo geht, dahinter stehen meistens finstere Absichten. Häufig demonstrieren ausländische Leute. Eigentlich ist das sowieso ein Unding. Wir haben es jetzt wieder mit den Asylanten aus Eritrea erlebt, welche an Demonstrationen nur noch Chaos anrichten. Ich bin der Meinung, die sollten das lieber zuhause als bei uns in der Schweiz machen.

Ich bitte Sie, Artikel 2 Absatz 3 zu streichen.

Die SVP-Fraktion lehnt die anderen Minderheitsanträge ab und wird dem Ständerat folgen. Dies betrifft natürlich auch Artikel 3. Dort geht es um die Höhe der Busse in der Höhe von 1000 Franken. Auch dort werden wir dem Ständerat folgen.

AB 2023 N 1771 / BO 2023 N 1771

Wettstein Felix (G, SO): Herr Kollege Wobmann, habe ich Sie jetzt richtig verstanden? Sind Sie der Meinung, Ausländerinnen und Ausländer hätten in der Schweiz kein Demonstrationsrecht?

Wobmann Walter (V, SO): Alle haben ein Demonstrationsrecht, da stehe ich hundertprozentig dazu, aber es muss sich dabei niemand verhüllen.

Präsident (Nussbaumer Eric, erster Vizepräsident): Die Fraktionen verzichten auf eine Stellungnahme.

Baume-Schneider Elisabeth, conseillère fédérale: Par rapport aux différentes propositions de minorité: la proposition de la minorité I (Gysin Greta) vise à élargir l'exception qui est prévue à l'article 2 alinéa 3 pour la dissimulation du visage lors de manifestations. Outre les exceptions pour leur propre protection, qui sont mentionnées à la lettre a, et pour exprimer figurativement leurs opinions à la lettre b, la minorité I (Gysin Greta) propose que la dissimulation du visage doit également être autorisée pour d'autres intérêts légitimes. Elle propose donc d'ajouter une nouvelle lettre c. Par exemple, on peut imaginer des constellations dans lesquelles des personnes ne se sentent certes pas menacées, mais ne veulent pas s'exposer publiquement, en raison



de destins personnels graves ou de parcours de vie difficiles. Cela peut être le cas lors d'une manifestation qui concerne des femmes battues ou des hommes battus, ou encore des personnes victimes d'abus sexuels ou qui manifesteraient contre la violence domestique. Cela a été dit.

Der Antrag entspricht der Ausnahme, die der Kanton Bern in seinem Polizeigesetz für Vermummungen kennt. Der Kanton St. Gallen kennt eine analoge Regelung. Da die Formulierung kantonalen Regelungen zum Vermummungsverbot entspricht, gibt es schon eine Praxis, an der sich die Kantone orientieren können.

Mit dem Antrag wird die wichtige Bewilligungspflicht beibehalten. Das ist sehr wichtig zu sagen. Die Bewilligungspflicht wurde nach der Vernehmlassung eingeführt. Zahlreiche Teilnehmende sprachen sich damals für eine Verschärfung von Artikel 2 Absatz 3 aus.

Les conséquences pratiques de l'extension à d'autres intérêts légitimes sont mineures. Par contre, cet élargissement nous permettrait de renforcer notre position vis-à-vis de la Cour européenne des droits de l'homme. Cette cour est, naturellement et fort opportunément, sensible aux questions du droit de manifester et il serait difficile d'imaginer que la Cour européenne des droits de l'homme juge une telle réglementation contraire aux dispositions de la Convention.

Le Conseil fédéral vous invite donc à accepter la proposition de la minorité I (Gysin Greta).

La minorité II (Wobmann) demande l'inverse. Elle vise à supprimer les exceptions prévues à l'article 2 alinéa 3 en vertu duquel la dissimulation du visage peut être autorisée dans les lieux publics afin de protéger l'exercice de la liberté d'expression et de la liberté de réunion. L'article 10a de notre Constitution garantit que l'ordre juridique soit conçu de manière aussi peu contradictoire que possible. Dans le sens d'une interprétation harmonisant la Constitution, l'article 2 alinéa 3 introduit donc des exceptions. Elles garantissent que la liberté d'opinion et la liberté de réunion puissent être exercées de manière appropriée, et ce, par exemple, dans le cadre de manifestations. Il convient aussi de noter que les exceptions prévues à l'article 2 alinéa 3 ne s'appliquent que si la sécurité et l'ordre publics ne sont pas menacés.

Aufgrund der Rückmeldungen aus der Vernehmlassung wurde zusätzlich eine Bewilligungspflicht eingeführt. Wer an Kundgebungen das Gesicht verhüllen will, der kann dies nur tun, wenn es die zuständigen Behörden bewilligt haben. Somit behält der Staat die Kontrolle über die Anwendung dieser Ausnahmen.

Au niveau de la jurisprudence de la Cour européenne des droits de l'homme, à laquelle je faisais précédemment référence, il est extrêmement important de veiller à un équilibre et à une proportionnalité entre la liberté d'expression et la liberté de réunion. Selon une jurisprudence de longue date de ladite cour, le fait qu'un rassemblement soit organisé illégalement ne justifie pas nécessairement une ingérence dans le droit à la liberté d'expression. En particulier, si aucune violence n'est exercée, il est important que les autorités fassent preuve d'une certaine tolérance à l'égard de manifestations pacifiques, afin que cette liberté de réunion ne soit pas vidée de sa substance.

Pour ces raisons, je vous invite, au nom du Conseil fédéral, à suivre votre commission et à rejeter la proposition de la minorité II (Wobmann).

Concernant la minorité I (Gysin Greta), par rapport aux amendes.

Mit dem Minderheitsantrag Gysin Greta soll der in Artikel 3 Absatz 1 festgelegte Betrag der Maximalbusse von 1000 Franken auf 200 Franken reduziert werden.

L'avant-projet prévoyait une peine maximale de 10 000 francs, car l'interdiction était conçue comme une modification du code pénal. Le cadre pénal prévu de manière générale pour les contraventions était appliqué. Une procédure d'amende d'ordre n'était pas encore prévue à l'époque, ce qui est le cas maintenant. Dans le cadre de consultations externes, le montant de la peine a suscité de vastes critiques. Avec la décision d'élaborer un projet de loi autonome, le cadre pénal a donc été abaissé à 1000 francs et la procédure d'amende d'ordre, en partie souhaitée lors de la consultation externe, a été introduite.

Il y a lieu de distinguer entre le cadre pénal maximal et l'amende infligée en règle générale en cas d'infraction à l'interdiction de se dissimuler le visage. Une amende d'ordre est donc infligée et peut être payée immédiatement. Il est vrai que, dans le message, nous avons mentionné un montant de 200 francs. Une consultation auprès de la division du droit pénal de l'Office fédéral de la justice a montré que ce montant de 200 francs serait plutôt élevé par rapport à d'autres infractions. Par exemple, téléphoner en voiture sans kit mains libres coûte – si j'ose le dire ainsi – 100 francs. Le franchissement d'une ligne de sécurité en agglomération est sanctionné par une amende de 140 francs. Je ne vais pas entrer dans les détails, mais je peux vous dire que, dans le cadre de l'ordonnance, il est d'ores et déjà prévu de mentionner une amende à 100 francs et non à 200 francs. Il y a lieu d'avoir une différence entre le montant maximal de 1000 francs et le montant minimal de 100 francs.

Pour ces raisons et cette proportionnalité, je vous invite au nom du Conseil fédéral à rejeter la proposition de minorité Gysin Greta à l'article 3 alinéa 1.



Buffat Michaël (V, VD), pour la commission: L'article 1 règle l'objet et le champ d'application de cette loi. Il n'appelle pas de commentaire spécifique.

Je passe à l'article 2, qui présente deux minorités.

Tout d'abord, l'alinéa 2 précise les situations où l'interdiction ne s'applique pas, à savoir dans les lieux de culte ou lorsqu'il est utilisé pour des raisons sanitaires – on l'a vécu récemment d'ailleurs avec le COVID-19 –, ou alors pour des raisons de sécurité – si vous faites de la moto, par exemple, il est important que vous mettiez un casque et, dès lors, votre visage sera dissimulé –, pour des raisons climatiques – on ne veut pas non plus interdire les cagoules en hiver sur les pistes de ski –, également pour entretenir des coutumes locales – je pense par exemple au carnaval –, ou à des fins artistiques, de divertissement ou publicitaires.

L'alinéa 3 donne l'autorisation à l'autorité compétente, à condition que la sécurité et l'ordre publics ne soient pas compromis, d'autoriser des personnes à se dissimuler le visage pour exercer leurs droits fondamentaux à la liberté d'opinion ou alors pour exprimer figurativement leur opinion. Là, comme nous l'avons dit, il y a deux minorités.

La minorité I (Gysin Greta) souhaite ajouter "lorsque d'autres intérêts légitimes justifient que ces personnes se rendent méconnaissables". La minorité est d'avis que si une personne souhaite se rendre méconnaissable lors d'une manifestation – par exemple contre un régime autoritaire – afin de garantir sa propre sécurité, cela doit être possible. Cette proposition a été rejetée par 9 voix contre 15 en commission.

AB 2023 N 1772 / BO 2023 N 1772

La minorité II (Wobmann) souhaite biffer cet alinéa 3. Cette minorité estime que le voile religieux, avec la burqa et le niqab, n'était pas le seul grand thème et que de très nombreuses personnes ont voté pour cette initiative parce qu'elle demandait une interdiction générale de se cacher le visage, y compris pour les hooligans et les casseurs qui se joignent quelquefois à des manifestations. Cette proposition de minorité a été rejetée par 17 voix contre 7.

Pour terminer, je passe à la dernière proposition de minorité, à l'article 3, qui concerne l'amende fixée à 1000 francs au plus: la minorité Gysin Greta propose de fixer le montant à 200 francs au plus, en argumentant que la dissimulation du visage ne présente aucun danger pour le public et qu'il faut garder une certaine proportionnalité dans ce dossier. Pour la majorité, le fait de disposer d'une progressivité du montant semble important en cas de récidive. C'est pourquoi cette proposition de minorité a été rejetée par 13 voix contre 11.

Binder-Keller Marianne (M-E, AG), für die Kommission: Ich habe schon beim Eintreten die Details erwähnt, weil die Fahne ja kurz ist. Ich möchte jetzt aber noch etwas ergänzen, und zwar zu den Minderheiten bei Artikel 2 Absatz 3.

In Artikel 2 geht es um die Ausnahmen bei einem solchen Verhüllungsverbot, und bei Absatz 3 geht es um die Ausnahmen bei einer Demonstration. Hier möchte die Mehrheit der Kommission explizit dem Ständerat und damit dem Bundesrat folgen, weil es eben Gründe geben kann, dass man sich an einer Demonstration verhüllt. Die Polizei kann Ausnahmen bewilligen, beispielsweise wenn es um Demonstrationen geht, wie kürzlich im Zusammenhang mit dem Iran, an welchen sich Spitzel aufhalten könnten. Das war die Diskussion in der Kommission. Es gibt achtenswerte Gründe, die dazu führen können, dass man sich an einer solchen Demonstration verhüllt, um sich oder Verwandte in der Heimat nicht zu gefährden. Solche Demonstrationen sollten in einem freien Land bewilligt werden können. Das hat mit dem Ausdrücken von Freiheit eben sehr viel zu tun.

Die Minderheit II (Wobmann) möchte diesen ganzen Absatz mit den Ausnahmen streichen. Die Kommission war klar dagegen. Die Minderheit I (Gysin Greta) möchte dagegen noch weitere Ausnahmen gewähren. Die Mehrheit der Kommission fand das nicht notwendig bzw. das Anliegen als genügend abgedeckt; ich habe das im Eintretensvotum erwähnt. Die Mehrheit der Kommission lehnt also die Minderheitsanträge I und II ab.

Des Weiteren empfiehlt die Kommission auch den Einzelantrag Wettstein zur Ablehnung. Bei der Formulierung "oder zu verbergen" in Artikel 2 Absatz 1 handelt es sich um eine wichtige redaktionelle Ergänzung in der deutschen Fahne. Wir möchten nicht noch einmal eine weitere Runde im Ständerat riskieren, indem wir hier eine Differenz schaffen. Die Kommission bittet Sie deshalb, den Einzelantrag Wettstein abzulehnen.



Bundesgesetz über das Verbot der Verhüllung des Gesichts Loi fédérale sur l'interdiction de se dissimuler le visage

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 2

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit I

(Gysin Greta, Barrile, Feri Yvonne, Gredig, Imboden, Kälin, Marti Samira, Masshardt, Moser, Widmer Céline)

Abs. 3

...

- a. ... notwendig ist;
- b. ... darstellt; oder
- c. andere achtenswerte Gründe für eine Unkenntlichmachung vorliegen.

Antrag der Minderheit II

(Wobmann, Bläsi, Buffat, Glarner, Heer, Rutz Gregor, Steinemann)

Abs. 3

Streichen

Antrag Wettstein

Abs. 1

... so zu verhüllen, dass die Gesichtszüge nicht erkennbar sind.

Schriftliche Begründung

Verhüllen und verbergen bezeichnen zwei deutlich unterschiedliche Handlungen. Mit "verbergen" wird auch das Verdecken mit blossen Händen, mit einem Blatt Papier oder einer Tasche erfasst. Ein Beispiel wäre eine angeklagte Person, die nach einem Gerichtsprozess beim Verlassen des Gerichtsgebäudes eine Mappe vor das Gesicht hält, um sich vor lästigen Fotografinnen und Fotografen zu schützen. Es ist undenkbar, dass die Bestrafung einer solchen Handlung dem Verfassungsauftrag entspricht. Sowohl im Französischen (*dissimuler*) als auch im Italienischen (*dissimulare*) wird nur ein Wort verwendet. Entsprechend kann auch der deutschsprachige Text nur "verhüllen" meinen; er darf nicht auf "verdecken" ausgeweitet werden.

Art. 2

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité I

(Gysin Greta, Barrile, Feri Yvonne, Gredig, Imboden, Kälin, Marti Samira, Masshardt, Moser, Widmer Céline)

Al. 3

...

- a. ... à leur propre protection,
- b. ... leur opinion, ou
- c. lorsque d'autres intérêts légitimes justifient que ces personnes se rendent méconnaissables.



Proposition de la minorité II

(Wobmann, Bläsi, Buffat, Glarner, Heer, Rutz Gregor, Steinemann)

Al. 3

Biffer

Proposition Wettstein

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

(la modification ne concerne que le texte allemand)

Abs. 1 – Al. 1

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.065/27449)

Für den Antrag der Mehrheit ... 155 Stimmen

Für den Antrag Wettstein ... 30 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Abs. 3 – Al. 3

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 22.065/27450)

Für den Antrag der Mehrheit ... 106 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 79 Stimmen

(0 Enthaltungen)

AB 2023 N 1773 / BO 2023 N 1773

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 22.065/27451)

Für den Antrag der Mehrheit ... 130 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 53 Stimmen

(3 Enthaltungen)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Art. 3

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Gysin Greta, Barrile, Feri Yvonne, Fluri, Imboden, Kälin, Marti Samira, Masshardt, Paganini, Ruch, Widmer Céline)

Abs. 1

... mit Busse bis zu 200 Franken bestraft.

Art. 3

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Gysin Greta, Barrile, Feri Yvonne, Fluri, Imboden, Kälin, Marti Samira, Masshardt, Paganini, Ruch, Widmer Céline)

Al. 1

Est puni d'une amende de 200 francs au plus ...



Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.065/27452)

Für den Antrag der Mehrheit ... 109 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 77 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 4, 5

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 22.065/27453)

Für Annahme des Entwurfes ... 151 Stimmen

Dagegen ... 29 Stimmen

(6 Enthaltungen)

Präsident (Nussbaumer Eric, erster Vizepräsident): Das Geschäft ist damit bereit für die Schlussabstimmung.